

**Siegfried Scheil, Rechtspfleger, über den 17. Juni in Roßlau/ Elbe**Abschrift**Siegfried Scheil, Rechtspfleger am Amtsgericht**

Am Morgen dieses Junitages 1953 wusste das anhaltische Städtchen Roßlau noch nicht, dass dieser Tag Geschichte machen würde. Zwar war bereits in den letzten 48 Stunden ein Aufhorchen durch die Menschen gegangen, eine Hoffnung, die das gepeinigste Volk mutig machte. Und dieser Mut war wie ein Funke, der in ein Pulverfass springt. Dennoch konnte am Morgen dieses Tages noch kein Roßlauer wissen, dass seine Stadt ein „Schlachtfeld“ im verzweifelten Kampf um die Freiheit werden würde. Niemand ahnte, dass die Straßen dieser Stadt am Abend des 17. Juni einem sowjetischen Kasernenhof gleichen sollten.

Roßlau, 1952 Kreisstadt geworden, liegt nur fünf Kilometer von Dessau entfernt auf dem rechten (östlichen) Elbeufer. Der große Fluss wird hier von einer Eisenbahn- und Straßenbrücke überspannt. Nahe dieser Brücke, etwas flussabwärts, erstreckt sich das Gelände der Roßlauer Schiffswerft. Hier werden die Fischkutter gebaut, die als Reparationsgüter oder neuerdings im Rahmen der deutsch-sowjetischen Abkommen an die Sowjetunion geliefert werden müssen. Die Schiffswerft, einst Firma Sachsenberg, ist jetzt natürlich „Eigentum des Volkes“. Das gleiche „sozialistische“ Schicksal traf nach 1945 das Roßlauer Elbewerk, Bauplatz für Motoren, vor allem Schiffsmotoren. Die größte Fabrik jedoch ist das vor den Toren der Stadt gelegene Deutsche Hydrierwerk VEB. Diese drei Roßlauer Großbetriebe beschäftigen einige tausend Arbeiter. Aber die Arbeiterschaft ist unzufrieden. So sehr unzufrieden, wie es wohl 90 Prozent der Bevölkerung Mitteldeutschlands sind. (...)

Als in den Morgenstunden dieses Tages die Arbeiter, Angestellten, Handwerker, Bauern, die noch verbliebenen Selbständigen, die Hausfrauen, an ihre Arbeit gehen, sind sie alle von einer merkwürdigen Unruhe erfasst. Sie wissen: In der Stalinallee in Berlin wird gestreikt. Die Arbeiter in Ostberlin haben sich schon am 16. Juni zu antikommunistischen Demonstrationen formiert. Der Rücktritt der Regierung in Pankow, die niemals wirklich vom Volk gewählt worden ist, wird gefordert, nachdem diese mit ihren neuen „Maßnahmen zum Aufbau des Sozialismus“ die Unterdrückung und Ausbeutung der mitteldeutschen Bevölkerung wieder verstärkt hat.

An vielen Orten in der Ostzone erklären sich die Menschen offen mit ihren streikenden Kameraden in der Stalinallee in Ostberlin solidarisch. Zum ersten Mal seit 1945 treten die 17 Millionen der Ostzone offen gegen ihre Unterdrücker auf – trotz der westdeutschen Warnung, Ruhe und Umsicht zu bewahren in dieser gefährlichen Situation. Aber es gibt keine „Ruhe“ mehr, der offene Widerstand gegen das Regime kann nicht mehr eingedämmt werden, auch nicht in Roßlau! Die Arbeiter der Roßlauer Fabriken haben sich untereinander bereits verständigt. Sie verkünden den Streik!

In den Vormittagsstunden des 17. Juni ist der Verkehr auf Roßlaus Straßen lahm gelegt. Eine vieltausendköpfige Menschenmenge marschiert durch die Stadt. Voran die Belegschaften der

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Schiffswerft und des Elbwerkes in ihren Arbeitsanzügen. Noch nie hat es in Roßlau einen derartig gewaltigen Demonstrationszug gegeben. Und es werden keine roten Fahnen mitgeführt, keine sozialistischen oder sonst hässlichen Spruchbänder. Stattdessen werden von der riesigen Menschenmenge im Chor die Forderungen ausgerufen, die man bisher nicht laut auszusprechen wagte: „Rücktritt der Ulbricht-Regierung, Freie Wahlen, Sofortige Wiedervereinigung Deutschlands, Butter statt Volkspolizei, Freilassung aller politischen Häftlinge, Heimkehr der Kriegsgefangenen“. Die Geschäfte werden zum Ladenschluss aufgefordert. Auch vor den HO-Geschäften werden die Gitter heruntergelassen, das Personal marschiert mit.

Voller Angst hat sich der Genosse Vorsitzende des Rates des Kreises Roßlau zurückgezogen und hat noch eiligst einen Doppelposten der Besatzungsmacht zu seinem persönlichen Schutz herbeigerufen. Die beiden Rotarmisten stehen mit Maschinenpistolen im Anschlag vor dem Amtssitz. Kreidebleich steht der SED-Kaderleiter, Personalchef des Kreises, hinter den Gardinen seines Zimmers. Einen solchen Aufmarsch „seiner“ Arbeiterschaft hatte er nie erwartet. Verzweifelt werden Telefongespräche mit der sowjetischen Kommandantur geführt, diese „Volksvertreter“ rufen nun ihre sowjetischen Beschützer um Hilfe an.

Inzwischen ist die Spitze des unübersehbaren Demonstrationszuges vor der Stadtverwaltung Roßlau angekommen. Der Bürgermeister muss sich der empörten Menge stellen. Er steht auf einem Lastwagen und versucht mit stotternden Worten, sich als rechtschaffenen Menschen darzustellen, der niemandem Unrecht zugefügt habe, und er verspricht, sich für die Forderungen der Bevölkerung einzusetzen.

Eben zur gleichen Zeit werden die roten SED-Transparente von den Gebäuden der Stadtverwaltung herunter gerissen. Das gleiche Bild zeretzter Plakate, abgerissener Stalinbilder bietet sich einem überall in den Straßen der Stadt. Beherzte Männer, Leute aus allen Bevölkerungsschichten, sprechen zu den Massen und bilden ein „Komitee des 17. Juni“. Ein Lastwagen aus der Schiffswerft überträgt durch Lautsprecher die Ansprachen.

Und weiter geht der Demonstrationszug, dessen Ende nicht mehr abzusehen ist, dessen Breite die ganze Straße mit den Bürgersteigen einnimmt. Auf dem „Platz der Einheit“ kommt es zu einer nochmaligen großen Kundgebung. Als Rednertribüne dient eine Holzpyramide, die für kommunistische Propaganda hier aufgebaut wurde und deren Wände mit entsprechenden Parolen beschriftet waren. Diese SED-Sprüche sind heute mit gelber Farbe überstrichen worden. Ein riesiges hölzernes Stalinbild bricht unter wuchtigen Axthieben zusammen. Jetzt berichtet jemand durch die Lautsprecheranlage, dass die Arbeiter im Hydrierwerk von bewaffneten Volkspolizisten am Ausmarsch behindert werden.

Es ist bereits Mittagszeit, doch sofort begeben sich die Tausende Demonstranten auf den Weg zum etwa 2 km entfernten Hydrierwerk. Als dort die Polizeiposten den Anmarsch bemerken, lassen sie einen Güterzug vor den Werkseingang fahren. Aber dann sieht die Werkspolizei die Nutzlosigkeit ihres Widerstandes ein: Der Eisenbahnzug fährt zurück, das Fabriktor wird geöffnet. Die Werksirenen verkünden nun auch hier Arbeitsruhe. Zu beiden Seiten der Hauptstraße des Hydrierwerkes bilden die Fabrikarbeiter Spalier und begrüßen den Demonstrationszug. Die Parteifunktionäre müssen zusehen, wie die Arbeiter in wenigen Minuten alle SED-Parolen von den Fabrikgebäuden entfernen. Vor dem sog. Gewerkschaftsheim verkündet das „Komitee des 17. Juni“ noch einmal seine Forderungen. Dann wird beschlossen, dass am nächsten Tag eine Abordnung der Roßlauer Bevölkerung nach Berlin fährt, um der Regierung in Pankow gemeinsam mit anderen Delegierten aus dem ganzen SED-Bereich das Verlangen der Bevölkerung nach sofortiger Wiedervereinigung

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Deutschlands zu unterbreiten.

Am frühen Nachmittag hat sich das Schwergewicht der großen Freiheitsdemonstration wieder auf das Stadtzentrum verlegt. Es sind vor allem Jugendliche, die in ihrer Begeisterung in das Büro des Ortsvorstandes der SED eingedrungen sind und die Propagandaschriften der Partei auf die Straße werfen. Zuvor hatten sie versucht, das SED-Hauptgebäude, die Parteikreisleitung, zu besetzen. Um ein Blutvergießen zu vermeiden, musste dieser Versuch aufgegeben werden. Einige bewaffnete Funktionäre der „Partei des Volkes“ hatten sich vor die Eingänge des „Thälmannhauses“ gestellt und gedroht, auf die Menge der Protestierer zu schießen, falls sie sich weiter dem Haus nähere. Ein Beispiel mehr, wie volksverbunden die Einheitspartei ist.

Eine besonders wichtige Aufgabe harrte jedoch noch ihrer Lösung: Die Befreiung der Insassen der Haftanstalt. Das Gefängnis befindet sich unmittelbar hinter dem Gerichtsgebäude am Marktplatz. Volkspolizeiposten verweigern der hier versammelten Menschenmenge den Zutritt in die Gerichts- und Gefängnisgebäude. Aber diese Polizisten stehen auf verlorenem Posten. Sie können es nicht mehr wagen, ihre Schusswaffen gegen die „Freiheit, Freiheit!“-Rufenden zu erheben.

Eine halbe Stunde später ist die Befreiung der politischen Häftlinge vollendet. Und das Gerichtsgebäude, in dessen Räumen in den letzten Jahren so viele Urteile nach bolschewistischem Muster ausgesprochen wurden, hat die Volkswut zu spüren bekommen. An der Außenseite sind fast alle Fensterscheiben zertrümmert. Die Steinwürfe der Demonstranten waren die letzte Aufforderung an die Vopo, endlich den Eingang freizugeben. Als dann die verhasste Staatsanwältin erscheint und sich weigert, den Weg frei zu machen, wird sie von der aufgebrachten Arbeiterschaft verprügelt. Ohne weiteren Widerstand der Vopo werden die wegen „Sollrückstand“ verurteilten Bauern und andere so genannte „Saboteure am Aufbau des Sozialismus“ aus dem Gefängnis befreit. Und dann wird die Staatsanwältin selbst in eine Gefängniszelle gesperrt. Ein zur Hilfe der längst kapitulierten Gefängnis-Wachmannschaft herbei eilendes Kommando der Volkspolizei wird auf der Straße im Handumdrehen entwaffnet und mit Stockhieben in die Flucht geschlagen. Das Lastauto dieses Kommandos liegt völlig demoliert vor dem geöffneten Gefängnis. Der ganze Machtapparat der ostzonalen Staatsgewalt liegt, so scheint es, am Boden.

Jetzt werden wir eine wirklich demokratische Regierung bekommen. Eine Regierung, die wirklich von allen frei gewählt ist, eine Regierung für ein geeintes Deutschland! Jetzt wird alle Not aufhören, wir werden wieder ruhig schlafen können, wir werden endlich freie deutsche Bürger sein dürfen. So oder ähnlich werden nun die Gedanken offen ausgesprochen. Man glaubt, schon das erste Ziel zur Freiheit erreicht zu haben, nämlich den Rücktritt der ostdeutschen Regierung. (...)

Überall ist die Macht der deutschen Diktatoren gebrochen. Aber die eigentliche Macht im Staat wird von der sowjetischen Besatzung, von der Roten Armee, ausgeübt. Nachdem es die Volkspolizei nicht gewagt hatte, auf Deutsche zu schießen, greift die Sowjetarmee ein. Wie in allen Orten, in denen für die Freiheit demonstriert wurde, vollzieht sich in Roßlau am Nachmittag des 17. Juni die gleiche Tragödie: Plötzlich erscheinen auf dem Marktplatz zwei Panzer, auf denen russische Soldaten sitzen. Ich stehe fassungslos da, als ein Panzer unmittelbar neben mir steht. Die aufsitzenden jungen Soldaten scheinen irritiert. Zwar sind sie schwer bewaffnet, aber sie schauen verständnislos auf die umstehenden Deutschen. Ich komme tatsächlich ins Gespräch mit einem sowjetischen Offizier und versuche, ihm die Situation des 17. Juni zu erklären. Doch dann kommen von verschiedenen Seiten Panzer

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

heran und in geschlossener Front rücken Rotarmisten über den Platz, drohen mit ihren MPs. Gegen 16 Uhr ist das Zentrum von Roßlau „befreit“ von seinen Bürgern. Das Volk darf nicht mehr auf die Straße. Der Ausnahmezustand wird verhängt. In den nächsten Tagen marschieren die Rotarmisten durch die Straßen, lagern in Hauseingängen; Panzer und Geschütze sind einsatzbereit in der Stadt verteilt. „Verdächtige“ Personen werden verhaftet, manch einer kehrt nicht zurück.

*[Quelle: Peter Lange/Sabine Roß (Hg.), 17. Juni 1953 – Zeitzeugen berichten. Protokoll eines Aufstands, unter Mitarbeit von Barbara Schmidt-Mattern im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Deutschlandfunk, Münster 2004, S. 338-342.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---